



PRESSEBERICHT

TELEGRAMM-ADRESSE: INTRANSFE-AMSTERDAM

SITZ: AMSTERDAM (HOLLAND) VONDELSTRAAT 61 Nr. 17.

FERNSPRECHER 80186 den 15. August 1930.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I. T. F.)

Die Tätigkeit der I.T.F. in Italien.

Wie wir schon früher mitteilten, ist es der Internationalen Transportarbeiter-Föderation trotz der faschistischen Gewaltherrschaft mit allen ihren Verfolgungen gelungen, die Werbetätigkeit unter den Transportarbeitern in Italien wieder aufzunehmen und in verschiedenen Städten Abteilungen zu gründen, die ihre Beiträge direkt an die I.T.F. abführen.

Die italienische Regierung hat sich, durch diese propagandistische Tätigkeit wahrscheinlich beunruhigt, vermutlich an den Amsterdamer Polizeihauptmann gewandt. Das Sekretariat der I.T.F. wurde jedenfalls von diesem um Auskunft darüber angegangen, ob es richtig sei, dass die Internationale Transportarbeiter-Föderation tausende Manifeste bestellend nach Italien geschmuggelt und dort verbreitet habe.

Anlässlich dieses Ersuchens um Auskunft sandte das Sekretariat der I.T.F. dem italienischen Gesandten im Haag folgendes Schreiben:

Amsterdam, den 5. August 1930.

Exzellenz!

Heute mittag wurden wir im Auftrag des Polizeihauptmannes von Amsterdam um Mitteilung ersucht, ob es richtig sei, dass die Internationale Transportarbeiter-Föderation tausende Manifeste in Italien eingeschmuggelt und dort verbreitet hat. Wir hatten nicht das geringste Bedenken, zu bestätigen, was wir selbst schon vor geraumer Zeit veröffentlicht haben und gaben ihm daher die gewünschte Auskunft.

Da der Polizeihauptmann von Amsterdam sich schwerlich aus eigenem Antrieb an uns wenden dürfte in Dingen, welche sich in Italien ereignen und die ihn deshalb nichts angehen, liegt die Vermutung nahe, dass er auf eine Bitte von Interessenten, in diesem Falle der italienischen Regierung durch Eure Exzellenz gehandelt hat.

Um dem Polizeihauptmann von Amsterdam die Arbeit zu erleichtern, beeilen wir uns, Eurer Exzellenz die selbe Auskunft zukommen zu lassen, die wir auch dem Herrn Polizeihauptmann gegeben haben.

Die an uns gerichtete Frage können wir Ihnen gegenüber -- zu unserem Vergnügen -- unumwunden bejahen. Zu Ihrer Kenntnisnahme legen wir diesem Schreiben ein Exemplar des von uns herausgegebenen und verbreiteten Manifestes bei. Dem fügen wir noch hinzu, dass wir die Absicht haben, mit der Einfuhr von Literatur in Italien fortzufahren und dass wir hoffen, es möge uns bei dieser ohnehin erfolgreichen Propaganda ein noch bedeutend grösserer Erfolg beschieden sein.

Zu Ihrer weiteren Information schliessen wir noch ein Exemplar des von uns in französischer, englischer, deutscher, schwedische und spanischer Sprache herausgegebenen Organs bei -- in italienischer Sprache erscheint es in diesem Augenblick leider nicht; dass wir aber auch dazu übergehen können, dürfte nur noch eine Frage kurzer Zeit sein -- woraus Sie dies uns jenes über die Auffassungen unserer Internationale und der ihr angeschlossenen Arbeiter über das abscheuliche Joch, unter welchem das italienische Proletariat seufzt, ansehen können. Sollten Sie jetzt oder in Zukunft weitere Auskünfte zu erhalten wünschen, dann geben wir Ihnen in Erwägung, sich direkt an uns zu wenden. Wir sind jederzeit bereit, Ihnen auf Wunsch regelmässig eine Anzahl unserer antifaschistischen Veröffentlichungen zur Vertei-

lung unter Ihren Geistesverwandten zukommen zu lassen.

Indem wir Eure Exzellenz bitten, den Ausdruck unseres Hasses gegen die faschistische Herrschaft und die Versicherung entgegenzunehmen, dass wir in dem Kampfe, welchen das italienische Proletariat für seine Befreiung zu kämpfen hat, ganz an seiner Seite stehen, verbleiben wir

ergebenst
gez. Edo Finmen N. Nathans

(Dieses Kommuniqué wurde der Presse bereits zugesandt.)

EISENBAHNER.

Verweigerte Auskunft. (I.T.F.) Die Weigerung der I.T.F., der "Ungarischen Gesellschaft für Ausland und Völkerbundpolitik" Auskunft zu erteilen über ihre Betätigung in Ungarn findet in den ungarischen Arbeiterkreisen rückhaltlose Zustimmung.

Népszava, das Organ der ungarischen Sozialdemokratie, veröffentlicht das Antwortschreiben der I.T.F. und bemerkt dazu: "Den Brief, den die Gesellschaft für Auslandpolitik sich wohl nicht einrahmen lassen wird, können wir noch ergänzen: Von seiten derjenigen Eisenbahner, die sich nicht durch die christlich-soziale Wirtschaftsvereinigung terrorisieren lassen -- und das ist die übergrosse Mehrheit -- ist die Regierung wiederholt angegangen worden, wenigstens die Herausgabe einer Zeitung zu gestatten. Bisher waren alle Schritte erfolglos. Der grossen Mehrheit der Eisenbahner wird nicht nur das Recht, einen Verein zu gründen, sondern auch die Herausgabe eines Fachblattes versagt. Unseres Wissens liegt das soundsovielte Gesuch, die Herausgabe einer Eisenbahnerzeitung zu gestatten, dem Ministerpräsidenten vor. Dieses Gesuch wurde im Oktober 1929 unterbreitet. Würdigt die Regierung die Antragsteller nicht einmal einer Antwort?!..."

Forderungen der portugiesischen Eisenbahner. (I.T.F.) Eine Massenversammlung portugiesischer Eisenbahner in Lissabon beschloss, der Eisenbahngesellschaft folgende Forderungen zu unterbreiten: eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 200 Escudos (RM 38.--) monatlich, Erhöhung der Pension, striktere Befolgung des Arbeitszeitgesetzes, Wiedereinführung früherer Privilegien des Büropersonals und dessen Gleichstellung mit den übrigen Chargen, Abschaffung des individuellen Arbeitsvertrages, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, Einrichtung einer Personalvertretung zur Behandlung von Beschwerden des Personals, Wiedereinstellung der wegen Streikbeteiligung oder anderer gewerkschaftlicher Betätigung gemassregelter Bediensteten, Wiedereinführung der Freifahrtscheine.

Die Versammlung beschloss ferner, dass der Eisenbahnerverband die Bestrebungen für die Errichtung eines nationalen Verkehrsbundes nach besten Kräften unterstütze.

Sorgen der englischen Eisenbahner. (I.T.F.) Auf der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes der Eisenbahner in Grossbritannien und Irland stand die Lohnfrage am Vordergrund des Interesses. Das z. Zt. gültige Lohnabkommen läuft im November ab. Über die Absichten der Eisenbahngesellschaften, namentlich über die Frage, ob sie Lohnsenkungen vornehmen wollen, tastet man im Dunkeln. Beschlossen wurde, die Lage im gegebenen Zeitpunkt durch eine ausserordentliche Generalversammlung prüfen zu lassen. Die zahlreichen Vorschläge, einschliesslich eines Antrages mit der Forderung eines Lohnminimums von 3 Pfund Sterling (etwa RM 60.--) pro Woche, wurden an den Vorstand verwiesen mit dem Auftrag, der ausserordentlichen Generalversammlung einen Programmwurf vorzulegen, in welchem besonders die niederen Chargen berücksichtigt werden.

Die Generalversammlung forderte ferner die Aufhebung des Gewerkschafts- und Streikgesetzes und die Verbesserung des Arbeitsunfallgesetzes. Die Wohnungsnot und Wohnungsteuerung waren ebenfalls Gegenstand lebhafter Erörterungen. Besonders heikel ist die Grenzstreitigkeit mit dem Transportarbeiterverband wegen der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit des Personals im eisenbahneigenen Kraftwagenverkehr.

Eine befriedigende Lösung liegt nach Ansicht des Eisenbahnerverbandes nur in der Errichtung einer Verkehrsgewerkschaft auf sehr breiter Grundlage.

In Ausführung des Auftrages der Generalversammlung hat der Hauptvorstand einen Programmentwurf aufgestellt, dessen Hauptpunkte sind:

1. Mindestlohn von £ 2.10.- (RM. 50.--) pro Woche; Einverleibung der Überreste der Kriegslohnzuschläge in den festen Lohn der Werkstättenarbeiter;
2. Vollbeschäftigung in den Eisenbahnwerkstätten;
3. Eine Woche bezahlten Erholungsurlaub für die Werkstättenarbeiter (in den anderen Dienstzweigen wird der Erholungsurlaub bereits gewährt).

Diese Forderungen beziehen sich auf die Arbeitsbedingungen von 100 000 Mann.

Eine Eisenbahnerkonferenz in Celje - Jugoslawien. (I.T.F.) Auf die Initiative des Vereinigten Eisenbahnerverbandes Jugoslawiens wurde am 3. August in Celje eine Konferenz der Eisenbahnarbeiter und -angestellten abgehalten, zu der an 500 Delegierte aus sämtlichen Direktionen der jugoslawischen Staatsbahn erschienen sind. Die Konferenz beschäftigte sich vor allem mit der neuen Dienstordnung für die Eisenbahnarbeiter und wies auf ihre Mängel hin, die vermieden werden könnten wenn der Entwurf vorerst den Eisenbahnerorganisationen zur Begutachtung vorgelegt worden wäre. Die Konferenz ventilerte auch die Frage der Eisenbahnpensionisten, deren Rechte durch Erlassung neuer Vorschriften gekürzt werden. Sonst gestaltete sich die Konferenz zu einer imposanten Kundgebung der Solidarität unter den Eisenbahnern Jugoslawiens.

Die Arbeitsbedingungen der ägyptischen Lokomotivführer werden verbessert. (I.T.F.) Die Eisenbahnverwaltung hat dem Verkehrsministerium einen Entwurf unterbreitet, wonach die Arbeitsbedingungen der Lokomotivführer verbessert werden sollen. Der Entwurf trägt den besonderen Dienstverhältnissen der Lokomotivführer Rechnung; die Lokomotivführer werden periodisch auf ihr Sehvermögen untersucht und es wird ihnen im Falle einer zur Arbeitsunfähigkeit führenden Verminderung des Sehvermögens ein Anspruch auf Abfindung eingeräumt. Diese Abfindung wird in der Höhe eines Monatsgehältes pro Jahr für den Zeitraum, den der Betroffene noch abzudienen hätte, d. i. bis zu seinem 55. Lebensjahre, ausbezahlt. Der Entwurf ist vor seiner Unterbreitung an den Ministerrat dem zuständigen parlamentarischen Ausschuss zur Prüfung vorgelegt worden.

SONSTIGE TRANSPORTARBEITER ZU LAND.

Schlechter Geschäftsgang im Kraftdroschkengewerbe. (I.T.F.) Die Innung der Vereinigten Droschkenbesitzer Gross-Berlins erwägt, die Hälfte der zurzeit in Berlin betriebenen Autodroschken, d. s. rund 4 500 Wagen, aus dem Verkehr zu ziehen. Die schlechte allgemeine Wirtschaftslage ist die Ursache des flauen Geschäftsganges im Auto-taxigewerbe.

Eine französische Verkehrsunfall-Statistik. (I.T.F.) Im Jahre 1929 sind laut einer von Staatswegen herausgegebenen Statistik über die Verkehrsunfälle in Frankreich 70 000 Menschen durch Autounfälle verwundet und 3717 Menschen getötet worden. Solchen Unfällen fielen in nachstehenden Jahren zum Opfer: 1924: 1620 Menschen, 1925: 2089, 1926: 2160, 1927: 2379, 1928: 2941, d. s. mit den 3717 i. J. 1929, also in 6 Jahren, 14 912 durch Autounfälle ums Leben gekommene Menschen.

Von den tödlichen Unfällen sind 3589 auf ihre Ursache hin untersucht worden. Danach waren in 2115 Fällen die Chauffeure schuld (zu schnelles Fahren, Verstoss gegen die Fahrregeln, ungenügende Beleuchtung oder unterlassenes Abblenden). 918 Unglücksfälle wurden durch die Passanten der Strassen oder Landstrassen verursacht, 173 sind dem Zustand der Strasse oder Zufälligkeiten zuzuschreiben und 67 den Fahrzeugen selber (Bremsen, Pneumatiks, Achsenbruch).

Diese vor kurzem veröffentlichten Zahlen haben den Ministerpräsidenten veranlasst, sämtliche Behörden darauf hinzuweisen, dass jeder

Verstoss gegen die Fahrordnung noch schärfer als bisher bestraft werden soll. Das gilt auch für das flache Land.

Streik des Omnibuspersonals in Riga - Lettland. (I.T.F.) Vom 22. bis 26. Juni d. J. streikten in Riga ca. 300 Omnibusführer, 300 Omnibusschaffner und ca. 25 Garagenarbeiter wegen Abschluss eines Kollektivvertrages und einer Lohnaufbesserung. Erstere Forderung wurde nicht bewilligt; es gelang aber, eine Lohnerhöhung für die Omnibusführer von Lats 160.-- (1 Lat = RM. 0,82) auf Lats 170.-- bis 180.-- monatlich (gefordert wurden 200.--) durchzusetzen. Die Löhne der Omnibusschaffner wurden von Lats 75.-- auf Lats 85.-- bis Lats 90.-- monatlich (gefordert wurden 100) erhöht.

Es gab 40 Streikbrecher während der Bewegung. Nach der Streikerklärung lehnten die Unternehmer jegliche Verhandlung ab. Die Polizei, die auf seiten der Unternehmer stand, verhaftete diejenigen Kollegen, welche an die Berufskraftfahrer Aufrufe und an das Publikum Boykottblätter verteilten, obgleich die Aufrufe vom Bezirksgericht nicht beschlagnahmt waren. Fast sämtliche Streikposten wurden verhaftet. Es haben sich jetzt 15 Kollegen vor dem Gericht zu verantworten. Die Verhaftung der Kollegen während des Streiks gab zu Ausschreitungen Anlass. So wurde ein Streikbrecher verwundet und etwa 50 Fensterscheiben der fahrenden Omnibusse wurden eingeschlagen. Die Lage war schwierig, weil in 32 Unternehmen zugleich gestreikt wurde. Die Unternehmer hielten fest und einträchtig zusammen, während es auf der Arbeiterseite an gewerkschaftlicher Disziplin fehlte. Unsere lettländische Kraftfahrerorganisation besteht nämlich erst seit 1 1/2 Jahren.

Infolge des Streiks wurden 50 Omnibusangestellte brotlos. Die Entlassenen stehen jetzt auf der schwarzen Liste der Unternehmer und können nun in keinem Omnibusbetrieb mehr unterkommen. Sie wurden vom Verband solange unterstützt, bis es ihm durch seine Stellenvermittlung gelang, ihnen Arbeit zu verschaffen.

Verkehrssicherheit in der Luft. (I.T.F.) Vom 10. bis 23. Dezember d. J. wird in Paris ein Internationaler Kongress für Sicherheit in der Luft stattfinden. Der französische Luftverkehrsminister hat diese Tagung einberufen.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes beauftragte auf Grund einer Entschliessung der XIII. Internationalen Arbeitskonferenz in seiner 47. Sitzung vom Februar d. J. den Sicherheitsdienst des I.A.A., eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen des Luftfahrtpersonals und über die Frage der Verhütung von Arbeitsunfällen im Luftverkehrsgewerbe durchzuführen. Die Sachverständigen des I.A.A. werden dem obengenannten Kongresse beiwohnen.

Zunahme der Luftverkehrsunfälle in den Vereinigten Staaten. (I.T.F.) Laut einer von der Metropolitan Life Insurance Company in den Vereinigten Staaten veröffentlichten Übersicht war die Zahl der tödlich verlaufenen Flugzeugunfälle im Jahre 1928 doppelt so gross als 1927. Es gab 1928 475 Todesfälle, 1927 dagegen 214. Vollständige Angaben über die tödlichen Unfälle i. J. 1929 sind noch nicht vorhanden; der Nationale Sicherheitsrat gibt aber die Zahl der im gewöhnlichen Luftverkehr getöteten Menschen mit 485, die Todesfälle im Marineluftdienst mit 91 an. Vom Militärluftdienst liegen noch keine diesbezüglichen Angaben vor.

Die Betriebsergebnisse bei dem Londoner Städt. Strassenbahn. (I.T.F.) Die Londoner Strassenbahn weist, nachdem sie mehrere Jahre mit Verlust arbeitete, in dem mit dem 31. März d. J. endigenden Geschäftsjahr einen Nettogewinn von £ 123 804 auf. Im vorausgehenden Geschäftsjahre wurde mit £ 6 790 Verlust gearbeitet. Die Betriebsergebnisse, welche mehrere Jahre lang um 14,50 Pence pro Wagenmeile schwankten, zeigen im verflochtenen Geschäftsjahr eine Zunahme von 0,172 Pence, während die Betriebskosten und die Ausgaben für Materialerneuerung, die von Jahr zu Jahr vermindert wurden, um weitere 0,348 Pence pro Wagenmeile zurückgingen. Bis heute sind ca. 18 Millionen Pfund Sterling in dem Unternehmen angelegt; seine Schulden sind auf ca. 8 Millionen zurückgegangen.

Das Verkehrsproblem in Buenos-Aires. (I.T.F.) Das Verkehrsproblem in Buenos-Aires wird stets schwieriger. Der Presse zufolge hat der Gemeinderat ein Konzessionsgesuch eines spanischen Konsortiums für den Bau von vier Untergrundbahnlinien in der Stadt bewilligt, die auf ca. 300 Millio-

zu Pesos zu stehen kommen dürften. Der Bürgermeister von Buenos-Aires, welcher das Veto besitzt, soll gegen die Konzessionserteilung sein. Diese Frage interessiert sich auch die Anglo-Argentinische Strassenbahngesellschaft, ein englisches Konsortium, welches die Strassenbahnen von Buenos-Aires (ca. 670 km Streckenlänge) betreibt. Diese Gesellschaft beklagt sich über den Wettbewerb der Omnibusse, von denen Ende 1929 1 000 vorhanden waren und die im verflossenen Jahre schätzungsweise 240 Millionen Fahrgäste beförderten. Es gäbe ferner ca. 600 "Taxameter-Omnibusse". Unter Hinweis darauf versagt der Gemeinderat seine Zustimmung zu einer Fahrpreiserhöhung. Zur Vermeidung von Verkehrsstockungen erwägt man die Abschaffung der Strassenbahn im Stadtinnern, den Bau von Unterführungen und den Bau mehrstöckiger Garagen, wo private Autos parkieren können.

Hafenarbeiterkonflikt in Indien. (I.T.F.) Die Schiffskulis von Rangun traten am 10. Mai wegen einer Lohnerhöhung in den Streik. Die Streikenden, welche Inder waren, wurden durch Birmanen ersetzt. Da sich letztere für die Arbeit nicht eigneten, wurden die Forderungen der indischen Kulis bewilligt und die Streikbrecher abgeschoben. Dies führte zu einem Zusammenstoss zwischen den birmanischen Arbeitern, die entlassen worden waren und den Indern, welche die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Die Lage wurde sehr ernst; 174 Personen wurden getötet und mehrere hundert verletzt. Die Regierung von Birma ernannte einen Schlichtungsausschuss, der vorschlug, dass 1.) die Stauer Birmanen und Inder, welche regelmässig als Schiffstagelöhner arbeiten, zu gleichen Teilen: ein Schiff für die Birmanen und das nächste für die Inder, beschäftigen sollen, 2.) ständige Beschäftigung von guter Arbeitsleistung und Haltung von Disziplin abhängig gemacht werden müsste und 3.) Schiffsmakler die Stauer vor Verlusten durch den neuen Vertrag schützen. Sowohl die indischen, als die birmanischen Arbeiter waren mit diesen Bedingungen einverstanden und nahmen die Arbeit am 3. Juni wieder auf.

Der neue Vertrag für das Verpflegungspersonal der Schweden-Amerikalinie. (I.T.F.) Der neue Vertrag für das Verpflegungspersonal bei der Schweden-Amerikalinie gelangte in unsere Hände. Nachstehend die Heuern einiger Grade. Den vollständigen Vertrag werden wir in der September-Nummer der I.T.F. seinem Hauptinhalte nach wiedergeben.

	Grundlohn	B e s c h ä f t i g u n g s d a u e r				
		6 Mon.	1 Jahr	3 Jahr	5 Jahr	8 Jahr
1. Koch	Kr. 260	-	275	295	315	335
Konditor	240	-	255	270	285	305
Pantryman	185	-	195	210	220	230
Decksteward	70	-	80	95	-	-
Aufwärterin	60	-	75	90	-	-

Alle Stewards, die in den Esssälen als "erster Mann" Dienst tun, erhalten eine Zulage von Kr. 25.-- monatlich. Die Arbeitszeit im Hafen darf 8 Stunden im Tag nicht übersteigen. Nach ununterbrochener Beschäftigung von 2 Jahren auf Fahrzeugen der Reederei wird ab dem 3. Jahre ein stätiger bezahlter Urlaub gewährt. Eine Ausnahme wird für Kochs- und Pantryassistenten, für Messraumstewards, Kellnerjungen und Liftjungen gemacht, die 4 Tage Ferien erhalten. Die Ferien müssen möglichst hintereinander gegeben werden. Der Vertrag gilt bis 1. April 1933 und kann mit dreimonatiger Frist gekündigt werden.

Die neuen Ladelinienvorschriften. (I.T.F.) Die neuen Ladelinienvorschriften sollen bis jetzt von 27 Ländern ratifiziert worden sein. Es handelt sich hier um Vorschriften, die bisher hauptsächlich in England galten. Die neuen Bestimmungen sind ausführlicher als die früheren und gewähren den Schiffen mit Holzladung und den Tankschiffen einen niedrigeren Freibord. Sie werden für solche Fahrzeuge gelten, deren Kiellegung nach dem 1. Juli 1932 erfolgt.

Fremde Seeleute bei der britischen Handelsflotte. (I.T.F.) Auf eine Interpellation der Regierung im Unterhaus erklärte der Vorsitzende des Handelsamtes, dass von den 587 679 Heuerungen von Seeleuten in britischen Häfen, die für Schiffe im überseeischen Verkehr i. J. 1929 benötigt wurden, 13 927 oder 2,4% der Gesamtzahl fremden Nationen angehörten und 15 528 oder 2,6% aus britischen und ausländischen Asiaten und Afrikanern bestanden, sodass die restlichen 95% britische Seeleute, britischer Rasse waren.